

Der Wendepunkt

Sozialisten und andere Aktive an der Uni Köln



Wollen, was man soll? Den Un-Sinn beenden.

Für einen Mentalitätswechsel und eine grundlegende Reform der Bachelor/Master-Studiengänge

„Was sind meine Stärken und Ressourcen? Was gibt meinem Leben Sinn und Wert?“

„Sinnerfülltes Leben und Studieren: Zeitmanagement, Jobmentalität, selbstdiszipliniertes Studieren“

Seminar-Titel der Veranstaltungsreihe „Wege aus der Prüfungsangst. Meine Prüfung: Begabung ausschöpfen – Blockaden lösen“ des Kölner Studentenwerks, WS 13/14, zu finden auf dessen Homepage: www.kstvw.de.

„Die derzeitigen Studiengänge schränken kritische Reflexion ein. Bildung darf nicht allein auf Arbeitsmarktfähigkeit gerichtet sein und der privaten Wirtschaft dienen. Das Studium soll kritische und umfassende Bildung ermöglichen.“

Aus den Ergebnissen des Studienreformtags der Universität Köln vom 5. Juni 2013. Die gesamten Ergebnisse finden sich unter: www.studienreformtag.uni-koeln.de.

Unter dem Maßstab der „Employability“ (zu deutsch: Beschäftigungsfähigkeit) sollte Bildung im Zuge der Bachelor-„Reform“ in der Dressur der Studierenden für die Interessen der Arbeitgeber bestehen. Lerne, dich selbst zu verkaufen, so die Maxime. Die vom Kölner Studentenwerk konstatierte „Prüfungsangst“ ist Ausdruck des grundlegenden Scheiterns der nach diesem Prinzip ausgerichteten Bologna-Reform: Die entsprechend prüfungslastigen, sinn-entleerten und disziplinierenden Bachelor/Master-Studiengänge sind lern- und menschenfeindlich, produzieren Uni-Angst und Uni-Bluff statt Neugierde und Lernfreude und stehen spätestens seit dem Bildungsstreik öffentlich in der Kritik.

Das Kölner Studentenwerk stellt in seiner Seminar-Reihe zu „Prüfungsangst“ vor diesem Hintergrund die relevante Frage „Was gibt meinem Leben Sinn und Wert?“. Nur werden mit diesen Seminaren unter der Ideologie von Eigenverantwortung die Probleme im Bachelor als Versagen der Einzelnen deklariert, womit der Anpassungsdruck verdoppelt wird: Wird sinnlose Dauerprüferei sinnvoller oder erträglicher, indem man „selbstdiszipliniert“ mitmacht? Lebenszeit – nichts als eine „Ressource“ im Bachelor-Gerangel und später auf dem Arbeitsmarkt? Durch die empfohlene Verinnerlichung der Selbst-Dressur (wollen, was man soll) werden das Studium und das Leben nicht erfreulicher und weltzugewandter.

Aufgrund der Kritik und den Protesten für eine Erkenntnis und Humanität fördernde Studienreform sind Grundlagen für Verbesserungen und damit einen tatsächlichen „Weg aus der Prüfungsangst“ gelegt. Beim Studienreformtag an der Uni Köln im letzten Semester sind nach intensiver Debatte weitrei-

chende Forderungen erhoben worden (nachzulesen unter: www.studienreformtag.uni-koeln.de): Zeit und Muße für kritische Reflexion und (hochschul-)politische Partizipation, die Reduzierung von Prüfungen und Prüfungsrestriktionen, insbesondere die Abschaffung jeder Form von Zwangsexmatrikulationen, eine Abkehr von der starren Modularisierung, ein Zurückdrängen der Selektions- und Konkurrenzmechanismen durch eine Masterplatzgarantie und eine auskömmliche Hochschulfinanzierung.

Auch bei den Wahlen zum Studierendenparlament im Dezember ist zu berücksichtigen, wie bessere Voraussetzungen für studentisches Engagement zu schaffen sind. Die jetzige Unabs-dominierte AStA-Koalition behindert die Verbreitung der Ergebnisse des Studienreformtags, hält an einer unkritischen „Service“-Orientierung fest und arbeitet damit gegen solidarische Verbesserung. Das ist hinter der Zeit und muss nicht so bleiben.

Zur Erinnerung: Aufgrund der studentischen Kritik und Proteste mussten die Studiengebühren abgeschafft werden, womit die erste neoliberale Reform überhaupt in Deutschland zurückgenommen werden musste.

Zu erkennen ist: Die abverlangte Entfremdung von den Mitmenschen und vom eigenen Leben ist für alle aufreibend und falsch. Menschen sind keine Hamster und Hamsterräder kein menschenwürdiges Fortbewegungsmittel. Die Verständigung über die Abwegigkeit und Zumutung der nahegelegten blinden Paukerei sowie muntere Opposition schaffen Ausblick, entklemmen und sind Grundlage von Verbesserung.

Solidarität sprengt die Enge.



Mittwoch, 13. November, 15:00 Uhr im Neuen Senatssaal

Öffentliche Senatssitzung

Im Senat, dem höchsten Gremium der universitären Selbstverwaltung, sollen die **Ergebnisse des Studienreformtags und ein Antrag zur Offenlegung von Militärforschung** diskutiert werden. Kommt hin! Wir treffen uns um 14:45 Uhr vor dem Hauptgebäude der Uni.

Wer wir sind: Wir sind Mitglieder der SPD und der Juso-Hochschulgruppe und engagieren uns für eine sozialistische Gesellschaft, also für soziale Progression, sinnvolle Arbeit, Kultur und Gesundheit für alle statt der Politik der Schuldenbremse und der Übelverwaltung des Kapitalismus; wir arbeiten in der Friedensbewegung und im Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni in Gegnerschaft zu den imperialistisch motivierten „humanitären“ Kriegen für eine friedliche und zivile Entwicklung weltweit; wir wirken für eine Bildung und Wissenschaft, die zu einer solidarischen und humanen Entwicklung der Welt statt zu Wettbewerbsvorteilen für die große Industrie und Banken beitragen und für ein entsprechendes kritisches, kooperatives Studium statt dem vereinzelnden, arbeitsgeberkonformen Pauken.

Politisches Engagement verstehen wir als persönliche, eingreifende, solidarische, lern- und entwicklungsorientierte Angelegenheit.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr im Café Sandspur der Evangelischen Studierendengemeinde Köln, Bachemerstraße 27.

www.wendepunkt.uni-koeln.de

jungesozialisten@yahoo.de

Eckpunkte für eine allgemeinwohlorientierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Hochschulen im Umbruch

Bundesweit wächst das Engagement von Hochschulmitgliedern für eine Neubestimmung der Bedeutung der Hochschulen für die Gesellschaft. Angesichts der sich weiter zuspitzenden sozialen und wirtschaftlichen Krise wird das gesellschaftliche Erfordernis einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, die zu einer friedlichen, demokratischen, sozialen Entwicklung der Welt sowie zur Bildung mündiger Persönlichkeiten beiträgt, immer unumgänglicher.

Schäden, die notwendig zu heilen sind

Das wachsende Engagement für eine solche Entwicklung ist die offensive solidarische Reaktion auf das Desaster neoliberal deformierter Hochschulen. Unter privatwirtschaftlicher Vorherrschaft ist in den letzten zehn Jahren von interessierter Seite die Bestrebung forciert worden, die Hochschulen zu Fabriken von AbsolventInnen und „Innovationen“ für Arbeitgeberinteressen zu instrumentalisieren, während die Orientierung am allgemeinen Wohl in Bildung und Wissenschaft zurückgedrängt wurde.

Diese Orientierung wurde auf Bundesebene insbesondere 1997 mit Jürgen Rüttgers "Hochschulen für das 21. Jahrhundert" eingeleitet – unter den Stichworten: mehr Autonomie, mehr Leistung, mehr Wettbewerb.

Die Hochschulgesetzgebung wurde demnach in NRW von Andreas Pinkwart am Leitbild der „Unternehmerischen Hochschule“ ausgerichtet, demokratische Mitbestimmung durch Managementstrukturen ersetzt, Studiengebühren eingeführt sowie die Unterfinanzierung und Abhängigkeit der Hochschulen von zusätzlichen Drittmitteln verschärft. Diese neokonservative Konter-Reform hat allerdings eine lebendige Opposition in den Hochschulen erfahren, die letztlich auch deren Überwindung eingeleitet hat. Auf dieser Grundlage ist die Fehlorientierung der Wissenschaftspolitik nun grundsätzlich durch eine Neuorientierung an den gesellschaftlichen Erfordernissen zu überwinden.

Wenn es gelingt, die Hochschulen als demokratische Stätten der wissenschaftlichen Bildung und Weiterbildung und der sozial verantwortlichen Forschung zu rekonstruieren, sind sie ein unschätzbare Beitrag für die Humanisierung der Lebensverhältnisse.

Was tun?

Sechs Schritte für eine allgemeinwohlorientierte Wissenschaftspolitik

- I. Das Hochschulgesetz für die nordrhein-westfälischen Hochschulen muss mit dem Ziel einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung und der Bildung mündiger Menschen grundlegend überarbeitet werden. Zukünftig sollte anstatt der Standortkonkurrenz und damit der BWL als Leitwissenschaft die Friedensforschung – also die Ergründung der Voraussetzungen und Bedingungen für die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen aller – übergreifend leitendes Ziel werden.
- II. Die Zahl der Studienplätze muss ausgebaut werden; die sozialen Bedingungen der Studierenden und HochschulmitarbeiterInnen sind zu verbessern (durch den Ausbau des Studierendenwerks, ein bedarfsgerechtes elternunabhängiges BAföG, die Abschaffung prekärer und befristeter Arbeitsverhältnisse von MitarbeiterInnen).
- III. Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen sollte zügig beginnen, damit durch die Hochschulmitglieder die Bevölkerung tendenziell mehr Einfluss auf die inhaltliche Orientierung von Bildung und Wissenschaft bekommt und der Einfluss der Arbeitgeberseite zurückgedrängt wird. Dies bedeutet insbesondere: Abschaffung der Hochschulräte, Aufwertung der Rechte der gewählten Gremien und der dezentralen Wissenschaftseinheiten in einer föderativen Kooperationsstruktur, paritätische Besetzung der Gremien sowie das politische Mandat für die Verfasste Studierendenschaft.
- IV. Die staatliche Hochschulsteuerung muss auf betriebswirtschaftliche und wettbewerbsfördernde Mechanismen (leistungsorientierte Mittelverteilung und Besoldung, Ziel- und Leistungsvereinbarungen etc.) verzichten, weil diese die Hochschulen in eine falsche Richtung (ökonomischer und quantifizierbarer Output statt humanistische, soziale Qualität) drängen.
- V. Die strengen Vorgaben des Bologna-Prozesses müssen im Hochschulgesetz und durch Initiativen auf der Ebene der Kultusminister überwunden werden. Der Leitgedanke sollte hierbei die Bildung mündiger Menschen sein und nicht Kostenreduktion, Kontrolle, die flexible Einsetzbarkeit der AbsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt oder die Trennung in Masse und Elite. Der Master als Regelabschluss und die Beseitigung aller Restriktionen (Fristen-/Wiederholungsregelungen, Zwangsexmatrikulationen, Modularisierung etc.) sind dafür mindestens erforderlich.
- VI. Für all dies müssen die Hochschulen bedarfsgerecht öffentlich finanziert werden. Dies gilt insbesondere, weil die Abhängigkeit von Drittmitteln mit marktförmigen Antragsverfahren sowie die Prekarität nahezu aller Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen die Beschäftigten in Angst und Verunsicherung halten und die Wissenschaften einem Opportunitätsdruck aussetzen, der gesellschaftlich verantwortliche Forschung und Lehre erheblich beeinträchtigt.

Eine staatliche Wissenschaftspolitik auf Höhe der Zeit muss also einen wirksamen Beitrag dazu leisten, eine humanistische Neuorientierung der Hochschulen für eine solidarische Gesellschaft zu fördern.